

# Lohnpolitik zur Konjunkturanregung

Wilhelm Lautenbach, Gutachten vom 2. Juni 1930

Die charakteristischen Kennzeichen der gegenwärtigen Lage sind trotz ziemlich weit vorgeschrittener Schrumpfung der Produktion, starker Reduktion der Vorräte im Handel und in einem Teil der Produktion, starker Verflüssigung des Geldmarktes doch noch angespannter Status bei der Mehrzahl der gewerblichen Unternehmungen.

Die eigenen Kapitalreserven der Unternehmungen sind außerordentlich schwach, die Rentabilität, die in der Zeit der guten Konjunktur nur eben leidlich zu nennen war, ist zur Zeit für die Mehrzahl der Unternehmungen fast Null geworden oder gar negativ (abgesehen von denjenigen Industrien, die durch starke Kartelle eine Sonderstellung auf dem Markt genießen). Die zur Zeit zu beachtende Tendenz der Preise droht die Lage der Unternehmungen weiter zu verschlimmern, wenn nicht auf der Seite der Unkosten eine wesentliche Entlastung erfolgt.

Die Verflüssigung des Geldmarktes hat sich bisher nur in ganz bescheidenem Maße als Kostenersparnis ausgewirkt. Abgesehen von den noch immer hohen Zinsen für langfristiges Kapital sind die Unternehmungen auch beim Kontokorrentkredit, sofern sie die allgemein schmal bemessenen Kreditkontingente überziehen, sehr hoch belastet, nämlich mit ca. 12 % (Zinsen 1 % über Reichsbankdiskont = 5 1/2 %, dazu Provision 2 % p. a. und 4 1/2 % Überziehungsprovision). Eine automatische von innen herauskommende Besserung in dieser Beziehung ist in nächster Zeit kaum zu denken, sofern nicht in dem anderen und wichtigeren Unkostenfaktor Arbeit eine wesentliche Kostensenkung eintritt. Mit wesentlichen Ersparnissen bei dem dritten und letzten Unkostenfaktor, nämlich den Steuern, ist, wie die Dinge zur Zeit liegen, in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die ins Auge gefaßten Sparmaßnahmen und

Steuerreformen würden sich frühestens im nächsten Etatjahr fühlbar auswirken.

Es bleibt zu untersuchen, ob durch eine Senkung der Arbeitskosten die Rentabilität der Betriebe wieder hergestellt und die Konjunktur angekurbelt werden kann. Hierbei kommt nur der Weg der Senkung der Nominallohne in Frage (die Rationalisierung, Arbeitersparnis, ist nur das unmittelbare Ergebnis einer Mehrbeschäftigung, bei der durch bessere Ausnutzung der Betriebskapazität die Arbeitseffizienz erhöht wird).

Wenn man unterstellt, daß allgemein für die Industrie eine kombinierte Lohn- und Preissenkung durchgeführt würde, wie sie für die Eisenindustrie durch den Schiedsspruch in der Gruppe Nord-West vorgesehen ist, so würde sich folgendes ergeben: Für die Preissenkung, wenn sie für jede einzelne Industrie tatsächlich nur in dem Ausmaß der eigenen Lohnkosten vorgenommen würde (nicht auch der indirekten, die durch die Verbilligung der Vorprodukte jeweils eintritt), würde im Augenblick der Lohnsenkung ein neues Störungsmoment gegeben sein, weil die Lohnsenkung zunächst zu einer Einschränkung der Massenkaufkraft führt, die nur teilweise durch die gleichzeitig vorgenommenen bzw. beabsichtigten und kalkulierten Preissenkungen ausgeglichen wird. Nur wenn pari passu mit der Lohnsenkung die Beschäftigtenzahl so steigt, daß die Gesamtlohnsumme annähernd dieselbe ist wie vorher, wird diese neue Marktstörung vermieden. Gelänge es aber, in den ersten Phasen dieses Prozesses gegebenenfalls selbst im Wege eines künstlichen Eingriffes des Staates durch Neueinstellungen die nominelle Gesamtlohnsumme einigermaßen konstant zu erhalten also den nominellen Lohnausfall durch Lohnsenkung durch Lohnzahlung an die Neubeschäftigten auszugleichen, so würde sich dieses sehr energisch auf den Warenmarkt im Sinne einer lebhaften Steigerung der Nachfrage auswirken, weil bei nominell gleichgebliebener Massenkaufkraft das Gesamtwareangebot zu einem niedrigeren Gesamtverkaufswert kalkuliert wäre, d. h. es käme jene für den

Wiederanstieg der Konjunktur typische Situation, in der die Gesamtwarennachfrage das Gesamtwarenangebot zu den bisherigen Preisen übersteigt und infolgedessen die Tendenz wiederansteigender Preise auslöst. In dieser Situation wäre die Rentabilitätskrise überwunden und die Kapitalbildung aus steigenden Unternehmergewinnen stark angefacht.

Die entscheidende Frage ist hierbei, ob es möglich ist, Arbeiter in dem nötigen Umfang wieder einzustellen, ob sich etwa mechanisch-automatisch auf Grund der Unkostensenkung durch Lohnersparnis die Bereitschaft der Unternehmer zur Neueinstellung von Arbeitern und Aufnahme von erhöhter Produktion ergibt, oder ob, wenn dies nicht oder nicht ausreichend geschieht, durch Staatsintervention dieser Erfolg erzielt werden könnte.

Daß in einem gewissen Ausmaß eine Lohnsenkung auf breiter Front unmittelbar immerhin günstig auf den Arbeitsmarkt einwirkt, ist anzunehmen. Die Lohnersparnis auf der einen Seite und ihr Korrelat in der Sphäre der Geldwirtschaft, nämlich Verflüssigung des Geldmarktes infolge verminderter Kapitalbeanspruchung für Lohnauszahlungen der bisher arbeitenden Betriebe beim bisherigen Produktionsumfang, auf der anderen Seite stellen einen doppelten Reiz dar. Zugleich bilden die infolge der Lohnkürzungen von den bisher Beschäftigten nicht gekauften Waren den Güterfonds, das Realkapital zur Bezahlung der neueingestellten Arbeiter.

Weiter ist zu beachten, daß durch eine Preissenkung, auch wenn sie im Ausmaß hinter der Gesamtverbilligung, die durch die Lohnsenkung bewirkt wird (Verbilligung der Vorprodukte!) zurückbleibt, ein gewisser Ausgleich für den absoluten Ausfall an Kaufkraft auf dem Binnenmarkt dadurch geschaffen wird, daß die gesamte inländische Nachfrage sich nunmehr stärker den verbilligten heimischen Produkten zuwendet (Zurückdrängung der ausländischen Konkurrenten auf den Inlandmarkt) und daß außerdem die Exportfähigkeit oder die Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt steigt. Und endlich ist

zu beachten, daß die Gesamtnachfrage auf dem Inlandmarkt wieder einen normalen Charakter bekommt dadurch, daß diejenigen, die nunmehr an Stelle der Erwerbslosenunterstützung normalen Arbeitslohn bekommen, wiederum stärker die Waren höherer Bedarfselastizität nachfragen (Bekleidung, Hausrat, kulturelle Ausgaben).

Trotz aller oben aufgeführten Momente erscheint es dringend wünschenswert, um den Erfolg einer Neuorientierung in der Lohnpolitik zu gewährleisten, durch bewußte Intervention des Staates dafür Sorge zu tragen, daß mit der Kombination Lohnsenkung und Preisabbau der dritte Faktor, Erhaltung der Totallohnsumme, durch Neueinstellung möglichst unmittelbar gekoppelt wird. Der einzige Weg, der hierfür offen steht, ist der der Vergebung der öffentlichen Aufträge, die unter dem Druck der Finanznot künstlich gedrosselt worden sind. So selbstverständlich es ist, daß der Grundsatz der Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung künftig mit aller Energie durchgeführt wird, so wenig folgt daraus, daß man die Ausgaben für werbende Zwecke in der Zeit der Depression und der Finanzkrise einschränken müßte. Die Aufgabe ist hier vielmehr, mit allen nur erdenklichen Mitteln Kapital für diese Zwecke zu beschaffen und zwar, damit die Masse der kurzfristigen Auslandsschulden nicht ins Rutschen kommt, überwiegend durch Anleiheaufnahme im Ausland. Es ist zuzugeben, daß im Augenblick die Voraussetzungen für eine großzügige Politik in dieser Beziehung nicht besonders günstig sind, es darf jedoch nicht hindern, schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, um bei veränderter Gestaltung des ausländischen Kapitalmarktes die Möglichkeiten prompt wahrzunehmen. Mir scheint gerade hierin die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Wochen zu bestehen.